

Blicken wir in die Zukunft

**Die Meinung der Polen
über die deutsch-polnische Zusammenarbeit
und die Bedeutung der Geschichte
in den deutsch-polnischen Beziehungen**

Agnieszka Łada



Das Jahr 2011 wird für die deutsch-polnischen Beziehungen neue Herausforderungen mit sich bringen und zur Reflexion darüber anregen, worauf man sich in den gegenseitigen Beziehungen konzentrieren sollte. In der Studie „Deutsch-polnisches Barometer“¹, die im Herbst 2010 durchgeführt wurde, gaben drei Viertel der Befragten an, dass sie die deutsch-polnischen Beziehungen als gut bzw. sehr gut bewerten.² In der hier präsentierten Studie, die im Januar 2011 durchgeführt wurde, lag dementsprechend der Schwerpunkt darauf, wie die Polen die einzelnen Aspekte dieser Beziehungen bewerten und welche Erwartungen sie mit ihnen verbinden.

In ein paar Monaten wird Polen die halbjährige Ratspräsidentschaft der EU übernehmen. Damit hängt die Herausforderung zusammen, die Verhandlungen zwischen den 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in vielen thematischen Bereichen zu führen und einige Initiativen zur Gestaltung der europäischen Politik zu unterbreiten. In beiden Fällen ist das Erlangen der Unterstützung von anderen Mitgliedsstaaten von großer Bedeutung. Bereits jetzt strebt die polnische Regierung nach Verbündeten. Ein natürlicher Partner bei den künftigen Maßnahmen scheint Deutschland zu sein. Warschau und Berlin sprachen mehrmals über Pläne einer konstruktiven Zusammenarbeit in vielen Bereichen. Es gibt eine Reihe von aktuellen Herausforderungen. Dazu gehören die Stärkung der europäischen Wirtschaft, die Entwicklung von schwächeren Regionen, die Förderung der nicht EU-Staaten oder aber die Bekämpfung von Klimawandel und Terrorismus. 2011 beginnen unter anderem die Verhandlungen über den neuen Finanzrahmen der EU, darunter die Diskussion über die Ausgestaltung der Agrarpolitik nach 2013. Dabei zeigte es sich bereits Anfang 2011, wie wichtig eine gemeinsame Stimme der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in der Außenpolitik ist. Sowohl Warschau als auch Berlin sprachen sich für Sanktionen gegenüber dem belarussischen Regime aus und noch 2010 waren die Außenminister beider Staaten gemeinsam in Minsk zu einem Staatsbesuch. Vor diesem Hintergrund erörtert diese Studie die Frage danach, in welchem Politikbereich die polnische Gesellschaft den größten Bedarf für eine deutsch-polnische Kooperation sieht und wie sie die Chancen einer solchen in der Ostpolitik bewertet.

Die deutsch-polnischen Beziehungen werden nach wie vor größtenteils mit Gedenken an die Vergangenheit assoziiert. Seit vielen Jahren werden in Polen Diskussionen geführt, ob man sich in den Beziehungen mit Deutschland mehr auf Fragen der Gegenwart und Zukunft oder aber auf die Geschichte konzentrieren sollte. Es scheint, dass die Meinungen hierzu geteilt sind. In einer früheren Studie des ISP von 2010 zu aktuellen Probleme in den deutsch-polnischen Beziehungen wiesen die Befragten auf Fragen hin, die mit der komplizierten gemeinsamen Geschichte der beiden Länder zusammenhängen.

¹ „Deutsch-polnisches Barometer“ ist ein gemeinsames Projekt des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (ISP, Polnisch: Instytut Spraw Publicznych) und der Konrad-Adenauer-Stiftung. Ziel des Projekts ist die regelmäßige Untersuchung und Präsentation von Meinungen der Polen und Deutschen zu den deutsch-polnischen Beziehungen sowie Herausforderungen, vor die die beiden Staaten gestellt werden.

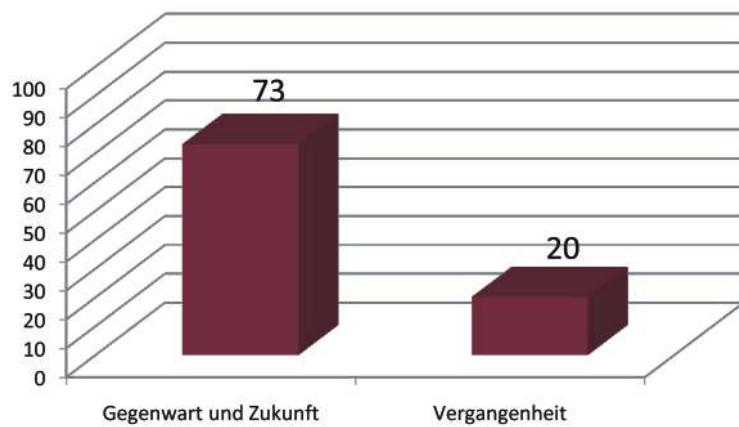
² Vgl. Agnieszka Łada: *20 Jahre später. Die Meinung der Polen über die Vereinigung Deutschlands und die deutsch-polnischen Beziehungen zum 20. Jahrestag der deutschen Einheit*, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warszawa 2010, S. 7.

Um die Meinungen der Polen zu den oben genannten Fragen kennen zu lernen, führten das Institut für Öffentliche Angelegenheiten und die Konrad-Adenauer-Stiftung diese Studie über die Meinung der Polen über die deutsch-polnischen Beziehungen durch, die in der Reihe „Deutsch-Polnisches Barometer“ erscheint. Diese Feldforschungsstudie wurde im Auftrag des ISPs durch GfK Polonia durchgeführt. Befragt wurde eine repräsentative Gruppe von 1.000 Polen (älter als 15 Jahre) in der Zeit vom 13.-17. Januar 2011.

Vergangenheit oder Zukunft?

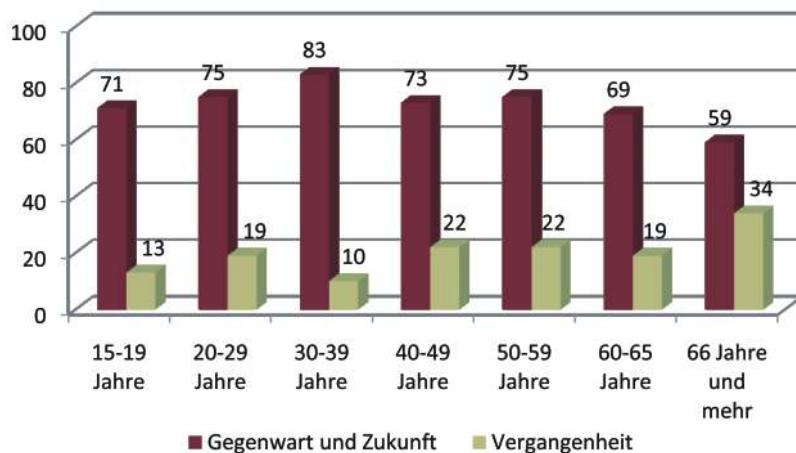
Die Polen sprechen sich eindeutig für eine Konzentration auf Fragen der Gegenwart und der Zukunft in den deutsch-polnischen Beziehungen aus. Diese Meinung teilen fast drei Viertel der Befragten (73%). Ein Fünftel ist der Meinung, dass man sich eher auf die Geschichte konzentrieren sollte (20%).

Diagramm 1. Bereiche, auf die man sich in den gegenwärtigen Beziehungen mit Deutschland konzentrieren sollte (in %)



Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2011.

Diagramm 2. Bereiche, auf die man sich in den gegenwärtigen Beziehungen mit Deutschland konzentrieren sollte (nach Altersgruppen in %)



Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2011.

Die Meinung, dass die Gegenwart und Zukunft in den gegenseitigen Beziehungen wichtiger als Vergangenheit sind, teilen die meisten Befragten unabhängig vom Alter. Auch die ältesten Befragten sind dieser Meinung, wobei in dieser Gruppe die Antwort für eine stärkere Konzentration in den gegenseitigen Beziehungen auf historischen Fragen verhältnismäßig am häufigsten genannt wurde (34% der Befragten in dieser Altersgruppe).

Für eine stärkere Fokusierung auf die Zukunft sprechen sich verhältnismäßig am häufigsten die Bewohner Südwest- und Nordpolens (jeweils 83%) aus. Diese Gebiete, die vor dem Zweiten Weltkrieg zu Deutschland gehörten sind diejenigen, in denen derzeit die Kontakte mit Deutschland am stärksten ausgeprägt sind, sowohl aufgrund der historischen Verbindungen als auch infolge einer hohen Erwerbstätigkeit von Polen in Deutschland. Die Polen, die in diesen Regionen wohnen, sehen keinen Bedarf, sich zu intensiv mit der Vergangenheit zu befassen, dafür betonen sie jedoch die Relevanz aktueller Fragen.

Die bevorzugten Bereiche der deutsch-polnischen Zusammenarbeit

Die Polen sprechen sich für eine stärkere Konzentration auf gegenwarts- und zukunftsbezogene Fragen in den deutsch-polnischen Beziehungen aus. Vor dem Hintergrund der Mitgliedschaft beider Staaten in der EU hängen die aktuellen und künftigen Herausforderungen zwangsläufig mit der Europapolitik der beiden Länder und ihrer Situation in der EU zusammen. Eine Studie, die 2010, also sechs Jahre nach dem Beitritt Polens zur EU, durchgeführt wurde, zeigt, dass die Polen die deutsche Europapolitik positiv bewerten.³

Solche Meinungen begünstigen die Entwicklung der Zusammenarbeit in der EU. Insbesondere wenn Polen – wie Politiker der Regierungspartei versichern – ein ernsthafter Akteur in der europäischen Politik sein und Initiativen vorschlagen möchte, ist die Unterstützung seitens Berlin unentbehrlich. Die Wirtschaftskrise zeigte ebenfalls, dass Deutschland der Erfolgsgarant für neue Projekte ist. Die Zeit vor und während der polnischen EU-Ratspräsidentschaft stellt eine Chance dar, um die deutsch-polnische Kooperation auf verschiedenen Feldern der europäischen Politik zu stärken.

Die in dieser Publikation besprochene Studie zeigt deutlich, dass viele **Polen einen Bedarf an (oft enger) Zusammenarbeit mit Deutschland in sehr vielen Politikbereichen sehen**. In jedem der bewerteten Bereiche sprach sich zumindest die Hälfte der Befragten für eine Kooperation aus. Bereiche, in denen eine solche Kooperation gewünscht wird, scheinen vor allem pragmatisch bestimmt zu sein. Die Befragten weisen auf Bereiche hin, bei denen es der Unterstützung eines starken Partners bedarf, um positive Ergebnisse zu erzielen. **Den größten Bedarf an einer Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland sehen die Polen bei der Bekämpfung von Wirtschaftskrise und Terrorismus** (bei Letzterem wünscht sich die Hälfte der Befragten eine enge Zusammenarbeit). In beiden Fällen sprachen sich drei Viertel der Befragten für eine Kooperation aus (77%). Diese Fragen stellen derzeit die globalen Schlüsselherausforderungen dar. Um dagegen entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, ist die Suche nach gemeinsamen, vielseitigen Lösungen notwendig. In diesem Zusammenhang sehen die Polen die Notwendigkeit eines gemeinsamen Handelns mit den Deutschen.

³ Vgl. Ebd., S. 15-17.

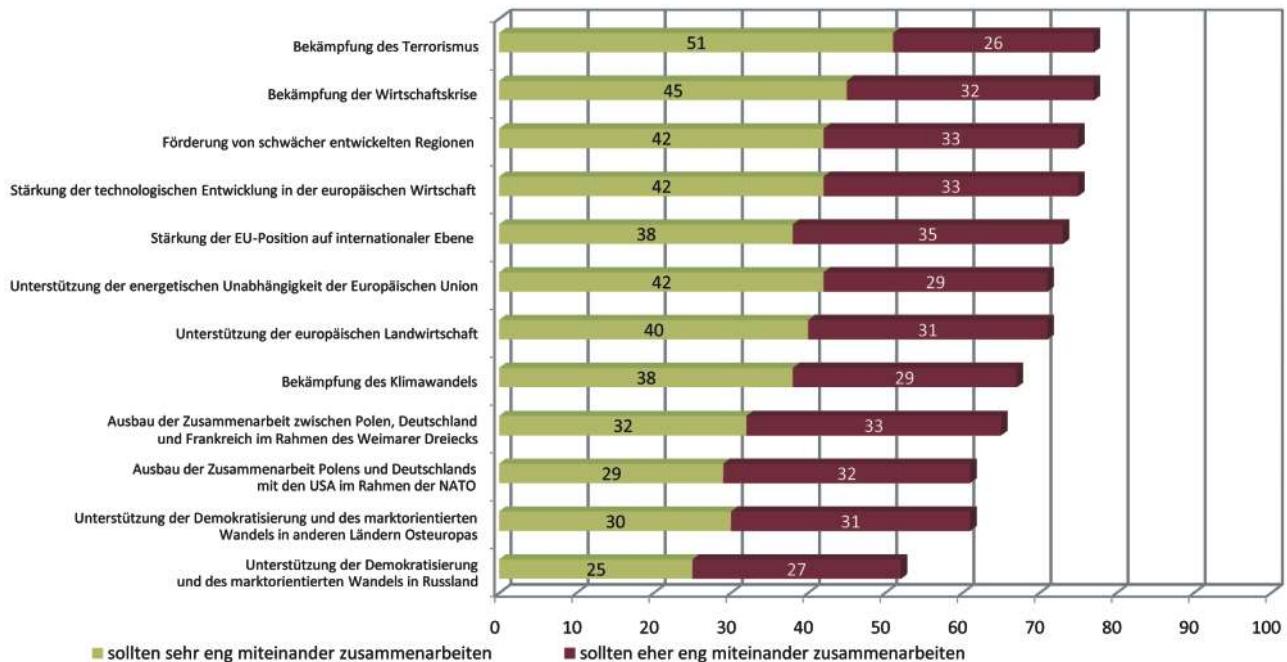
Für fast genauso wichtig halten die Befragten die **Förderung der schwächer entwickelten Regionen und die Stärkung der technologischen Entwicklung in der europäischen Wirtschaft** (jeweils 75%). Die Polen sind sich dessen bewusst, dass es schwierig sein wird, diese Entwicklung ohne Hilfe Berlins zu erreichen. Diese Unterstützung wird als die Grundlage des Prinzips der europäischen Solidarität wahrgenommen. Die Polen erwarten die Umsetzung dieses Prinzips: Sie rechnen mit Hilfe seitens des stärkeren, besser entwickelten und reicherem Nachbarn.

Des weiteren nannten die Befragten aus denselben Gründen folgende wichtige Gebiete der Kooperation: **Stärkung der EU-Position auf internationaler Ebene (73%) sowie Unterstützung der europäischen Landwirtschaft und der energetischen Unabhängigkeit der EU** (jeweils 71%). **An weiterer Stelle wurde die Bekämpfung des Klimawandels genannt (67%).** Auch hier könnte man wenig erreichen, wenn man nur als Einzelkämpfer aktiv sei.

Als eines der Gebiete, auf dem Polen und Deutschland sehr eng miteinander zusammenarbeiten sollten, nennen 60% der Befragten den **Ausbau der Zusammenarbeit der beiden Länder mit Frankreich im Rahmen des Weimarer Dreiecks (65%) und mit den USA im Rahmen der NATO (61%).** Zudem sollten Polen und Deutschland gemeinsam den **demokratischen und marktorientierten Wandel in Osteuropa (61%) und Russland (52%) fördern.**

Die von den Befragten vorgenommene Bewertung der Bereiche, in denen Polen und Deutschland enger miteinander zusammenarbeiten, zeigen, dass **die Polen den Bedarf an solch einer Kooperation in fast allen Bereichen sehen, wobei der Bereich der europäischen Innenpolitik ein wenig überwiegt** (Wirtschaft, Entwicklung, Agrarpolitik). Eine verhältnismäßig kleinere (aber nach wie vor große!) Bedeutung schreiben sie der Kooperation im außenpolitischen Bereich zu, wobei sie gleichzeitig den Bedarf an gemeinsamer Stärkung der Position der Europäischen

Diagramm 3. Die wichtigsten Bereiche der Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland (in %)



Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2011.

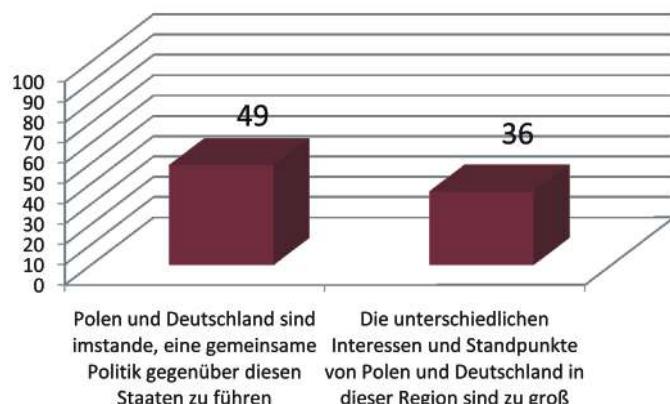
Union in der Welt sehen. Die Meinungen der Befragten deuten darauf hin, dass sie sich der Herausforderungen, vor die die Europäische Union gestellt wird, bewusst sind. Darüber hinaus existiert ein Bewusstsein darüber, dass die Zusammenarbeit mit Deutschland unentbehrlich ist, um diese Herausforderungen entsprechend angehen zu können.

Gemeinsame Ostpolitik

Über 60% der Polen sehen Bedarf an einer deutsch-polnischer Zusammenarbeit bei der Unterstützung der Demokratisierungsprozesse in der Ukraine und in Weißrussland. Die Ostpolitik ist einer der Bereiche, in denen die deutsche und polnische Regierung in der letzten Zeit gemeinsame Maßnahmen unternommen haben. Diese hatten vor allem einen symbolischen Charakter, zum Beispiel die gemeinsamen Besuche der Außenminister beider Staaten in diese Länder. Der erste Besuch fand im Juni 2009 statt, als die Außenminister Radosław Sikorski und Frank-Walter Steinmeier nach Kiew reisten. Während ihres Besuches riefen sie die Ukraine zu einer schnellen Überwindung der politischen Krise auf. Im Gegenzug dafür versprachen sie die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommen mit der EU bis Ende 2009 sowie Hilfe bei den Bemühungen um weitere Kredittranchen vom IWF. Allerdings zeigte damals die ukrainische Seite an dem Besuch kein Interesse. Dieser wurde anschließend auch als ungelungen bewertet.

Der zweite Besuch fand im Oktober 2010 statt. Der neue deutsche Außenminister Guido Westerwelle flog gemeinsam mit seinem polnischen Kollegen Radosław Sikorski nach Minsk. Ziel der Reise war es, den belarussischen Präsidenten Aleksandr Lukaschenko von einer ehrlichen Stimmenauszählung und der Achtung der Oppositionsrechte während der Präsidentschaftswahlen im Dezember 2010 zu überzeugen. Im Gegenzug hierfür versprachen die Außenminister eine Verbesserung der Beziehungen mit der EU und drei Milliarden Euro Wirtschaftshilfe. Auch in diesem Fall fielen die Meinungen über die Auswirkungen des Besuchs kritisch aus. Man fürchtete, Lukaschenko würde diesen Besuch vor den Wahlen für seine Zwecke nutzen, indem er ihn als ein Zeichen der Unterstützung vom Westen darstellen würde. In Polen kommentierte man positiv die Tatsache, dass der polnische Außenminister gemeinsam mit seinem deutschen Amtskollegen die östlichen Hauptstädte besucht und dass gemeinsame Appelle an die politischen Führer dieser Länder gerichtet wurden.

Diagramm 4. Bewertung der Möglichkeit einer gemeinsamen Politik von Polen und Deutschland gegenüber den östlichen Nachbarn der EU (Belarus und die Ukraine) (in %)



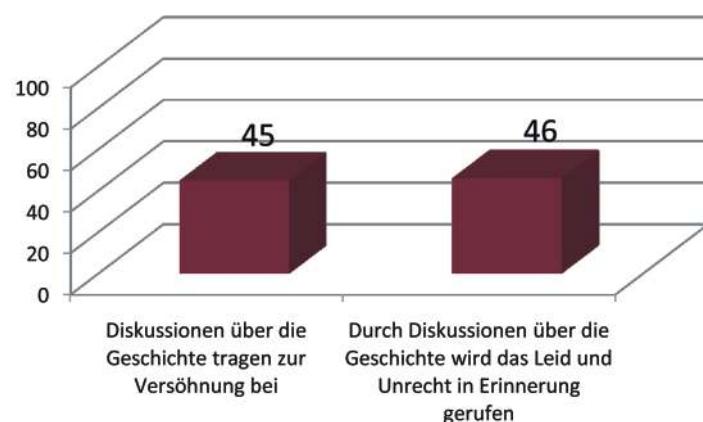
Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2011.

In einer Studie, die im Januar 2011 durchgeführt wurde, während in der Europäischen Union über Sanktionen gegen das Lukaschenko-Regime wegen der Fälschung der Präsidentschaftswahlen und Repressalien gegenüber der Opposition im Dezember 2010 debattiert wurde und zeitgleich aus Warschau und Berlin sehr ähnliche Stimmen über die Notwendigkeit gemeinsamer Maßnahmen in diesem Bereich vernommen wurden, waren die Hälften der Polen der Meinung, dass eine gemeinsame Politik von Polen und Deutschland gegenüber der Ukraine und Belarus möglich sei (49%). Über ein Drittel war vom Gegenteil überzeugt und meinte, die Unterschiede in den Interessen und Standpunkten von Polen und Deutschland in dieser Region seien zu groß (36%). Am seltensten sahen die Möglichkeit einer Zusammenarbeit in diesem Bereich Bewohner von Südost- (37%) und Mittelostpolen (45%), also von Regionen, die an die Ukraine und Belarus grenzen.

Welchem Ziel dienen die Diskussionen über die Geschichte?

Die Polen sprechen sich entschieden dafür aus, dass man sich in den deutsch-polnischen Beziehungen auf die Fragen der Gegenwart und Zukunft, und nicht auf die der Vergangenheit, konzentrieren sollte. Sie sind der ständigen Bezugnahme auf die Geschichte müde und darin gespalten, ob die Diskussionen über die Vergangenheit zur Versöhnung beitragen (45%) oder ob durch solche Diskussionen das Leid und Unrecht in Erinnerung gerufen wird (46%).

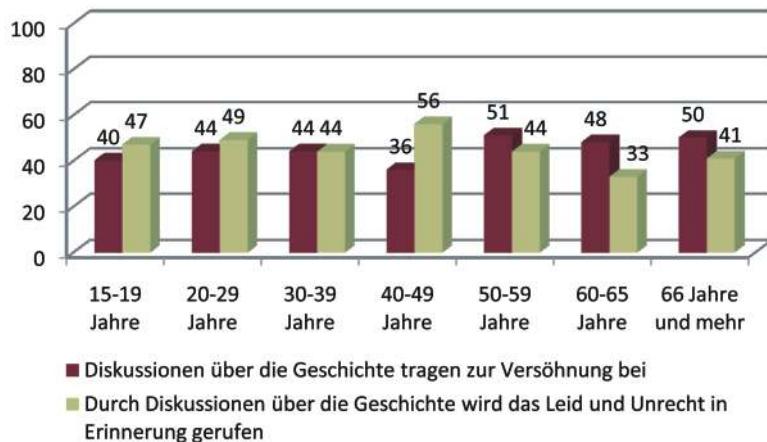
Diagramm 5. Die Rolle der Diskussionen über die Geschichte in den deutsch-polnischen Beziehungen (in %)



Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2011.

Meinungsunterschiede zwischen den Generationen sind kaum vorhanden. Vertreter der Generation, die sich noch an den Zweiten Weltkrieg erinnern kann, sind verhältnismäßig am häufigsten der Meinung, dass Diskussionen über die Geschichte zur Versöhnung beitragen können (die Hälften der Befragten über dem 66. Lebensjahr), darunter ist aber auch die Gruppe der Fünfzigjährigen.

Diagramm 6. Die Rolle der Diskussionen über die Geschichte in den deutsch-polnischen Beziehungen (nach Altersgruppen in %)



Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2011.

Ist eine gemeinsame Geschichts(be)schreibung möglich?

Eine Möglichkeit zur Einflussnahme – zumindest zu einem gewissen Teil – auf den inhaltlichen Charakter der Diskussionen über die (deutsch-polnische) Geschichte, in Deutschland und Polen ist der Geschichtsunterricht. Mithilfe eines gemeinsamen Geschichtsbuchs ließe sich hier in beiden Staaten Einfluss ausüben. Die Idee dazu entstand in der seit 1972 bestehenden gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission der Historiker und Geographen und wurde von den Außenministern den beiden Staaten im Dezember 2007 unterstützt. Um diese Idee umzusetzen, wurde eine deutsch-polnische Projektgruppe berufen, die im Dezember 2010 ein 120-seitiges Dokument „Schulbuch Geschichte. Ein deutsch-polnisches Projekt – Empfehlungen“ vorlegte. Es beinhaltet vor allem die von den Experten formulierten Richtlinien bezüglich der Struktur, didaktischen Grundlagen und Inhalte und stellt die Arbeitsgrundlage für die einzelnen Bände des deutsch-polnischen Geschichtsbuchs dar, welches von einem deutsch-polnischen Verlagstandem und der Expertengruppe (Autoren der *Empfehlungen*) verfasst wird.

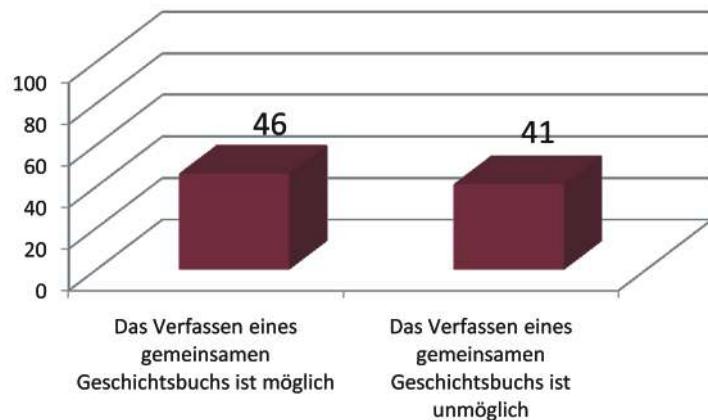
Die *Empfehlungen* umfassen die Zeit von der Urgeschichte bis zum Ende des 20. Jahrhunderts. Das auf dieser Grundlage erarbeitete Geschichtsbuch wird sich also nicht ausschließlich auf die Beziehungen in der Vergangenheit konzentrieren, sondern es wird das Gesamtspektrum der Fragen, die mit der Vergangenheit zusammenhängen, umfassen und soll sich an Schüler von Gymnasien und ersten Klassen der Oberschulen in Polen sowie Schüler weiterführender Schulen in Deutschland richten. Die polnische und deutsche Fassung werden sich nur durch die jeweilige Sprachversion unterscheiden. Der Aufbau, die Inhalte, Struktur und graphische Gestaltung sollen identisch sein.

Ein deutsch-polnisches Verlagstandem wird mit der Vorbereitung des Geschichtsbuch betraut. Es wird für die Vorbereitung der Materialien, die sowohl für die Schüler als auch die Lehrer interessant sein sollen, zuständig sein. Die bilaterale Zusammenarbeit der Verlage soll den Adressaten des Geschichtsbuchs entgegen kommen. Die Verlage werden die Entscheidung über die Zahl der Bände und deren Erscheinungshäufigkeit treffen. In den *Empfehlungen* steht, dass der erste Band möglicherweise im Schuljahr 2013/14 im Unterricht verwendet werden kann.

Die Einbeziehung dieses Schulbuchs in die Schulbildung wird von beiden Regierungen begrüßt. Letztlich werden jedoch die Lehrer in beiden Ländern über die Anwendung dieses Geschichtsbuchs entscheiden. Deswegen wurde im Rahmen dieser Studie untersucht, ob die Polen die Möglichkeit der Entstehung von solch einer Publikation sehen und ob sie diese Idee befürworten.

Ähnlich wie bei der Frage nach den Folgen von Diskussionen über die Geschichte sind **die Polen auch bei der Frage nach der Möglichkeit der Entstehung eines deutsch-polnischen Geschichtsbuchs**, das die Geschichte der beiden Staaten objektiv darstellen wird, gespalten: fast die Hälfte der Befragten ist der Meinung, dass dies möglich ist (46%) und nicht viel weniger halten es für unmöglich (41%). Dies zeugt von der Unsicherheit der polnischen Gesellschaft, ob ein solches Projekt machbar ist. Die Geschichte teilt nach wie vor beide Gesellschaften. Die Befragten sind sich bewusst, dass eine gemeinsame Geschichtsbeschreibung eine schwierige Aufgabe ist. Dies bedeutet aber nicht, dass sie die Idee dieser Publikation ablehnen.

Diagramm 7. Die Bewertung der Möglichkeit der Entstehung des gemeinsamen deutsch-polnischen Geschichtsbuchs (in %)



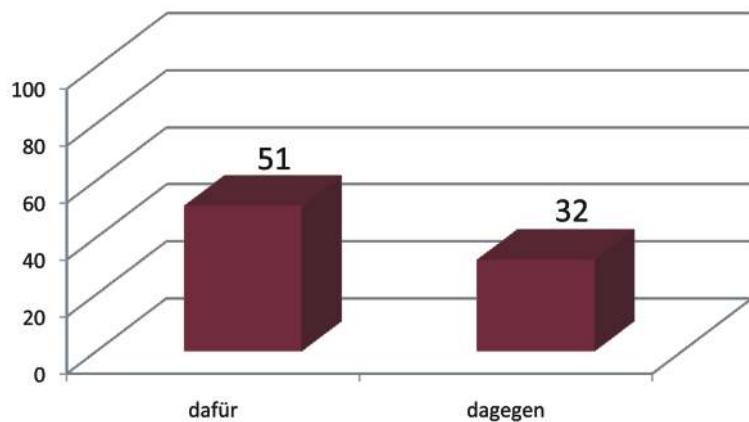
Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2011.

Die jüngsten Befragten äußern sich am skeptischsten zur Möglichkeit der Entstehung eines gemeinsamen Geschichtsbuchs. Es sind also diejenigen, die erst vor Kurzem die Schule abgeschlossen haben bzw. noch die Schule besuchen und damit die potentiellen Adressaten der Publikation. Bei der Beantwortung dieser Frage gab es nur wenige Befragten, die dazu keine Meinung hatten, während bei anderen Fragen gerade die Jugendlichen die Antwort „schwer zu sagen“ relativ oft wählten. Solch eine Haltung ergibt sich höchstwahrscheinlich nicht aus der Ablehnung der Idee eines gemeinsamen Geschichtsbuchs, sondern aus einer allgemein skeptischen Einstellung zum Bildungssystem unter den jungen Menschen.

Die Tatsache, ob ein Befragter Kinder hat oder nicht, beeinflusste die erteilten Antworten nicht.

Von der Befürwortung der Idee zur Entstehung des gemeinsamen deutsch-polnischen Geschichtsbuches kann die Bereitschaft zeugen, es in den polnischen Schulen im Unterricht anwenden zu wollen. **Die Hälfte der Befragten würde die Nutzung des deutsch-polnischen Geschichtsbuchs im Unterricht gutheißen (51%), nur ein Drittel wäre dagegen (32%).**

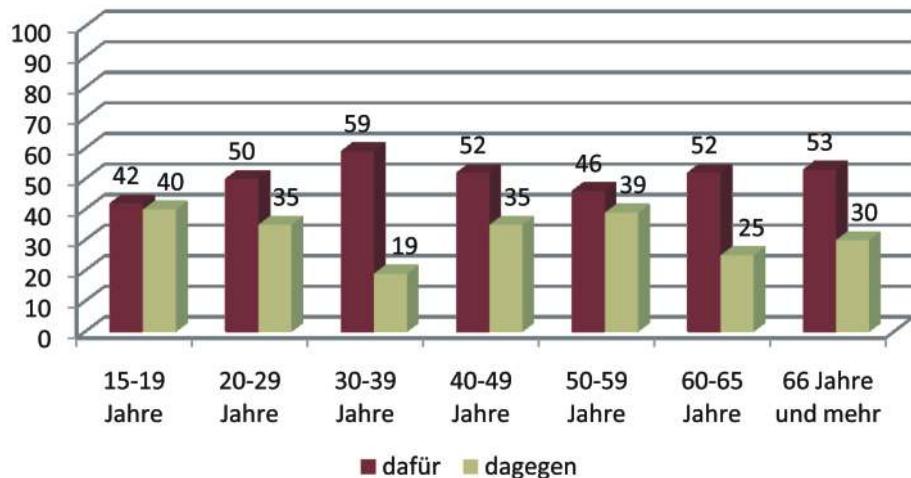
Diagramm 8. Die Befürwortung der Nutzung des deutsch-polnischen Geschichtsbuchs im Unterricht (in %)



Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2011.

Die Meinungen sind in der Gruppe der potentiellen Adressaten des Geschichtsbuchs, d.h. in der jüngsten Generation, gespalten. Die Gruppe, die sich für den Geschichtsunterricht mithilfe dieses Lehrbuchs (42%) ausspricht ist ähnlich groß, wie diejenige, die sich dagegen äußert (40%).

Diagramm 9. Die Befürwortung der Nutzung des deutsch-polnischen Geschichtsbuchs im Unterricht (nach Altersgruppen in %)



Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2011.

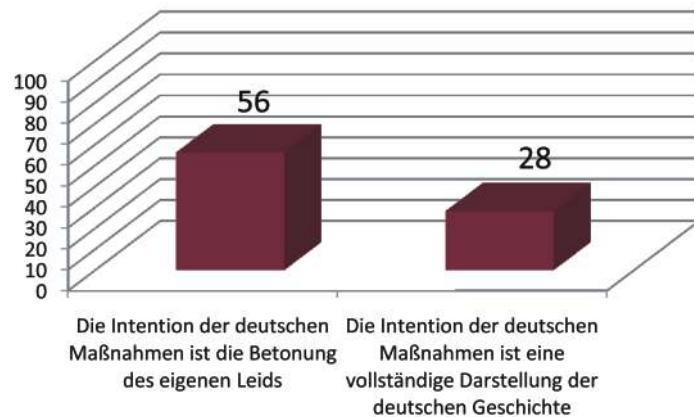
Befragte mit Kindern haben zum Geschichtsbuch dieselbe Meinung wie Kinderlose: Jeweils die Hälfte der Befragten befürwortet die Anwendung dieses Lehrbuchs im Unterricht. Unter den Befragten mit Kindern sprachen sich diese verhältnismäßig häufiger dafür aus, deren Kindern bereits die Schule besuchen (d.h. im Alter zwischen 6-14 Jahren) als Eltern, deren Kindern noch Babys sind bzw. den Kindergarten besuchen.

Gedenken an die Aussiedlungen

Vor dem Hintergrund der deutsch-polnischen Debatten über die Geschichte wird seit vielen Jahren die Frage danach gestellt, mit welcher Intention die Deutschen eine Gedenkstätte an die Aussiedlungen errichten wollen. Für viele Polen ist es fraglich, ob dieses Museum den europäischen Kontext der Aussiedlungen entsprechend betonen wird und wie dabei der historische Kontext, sprich die Gründe und Folgen der Aussiedlungen dargestellt werden.

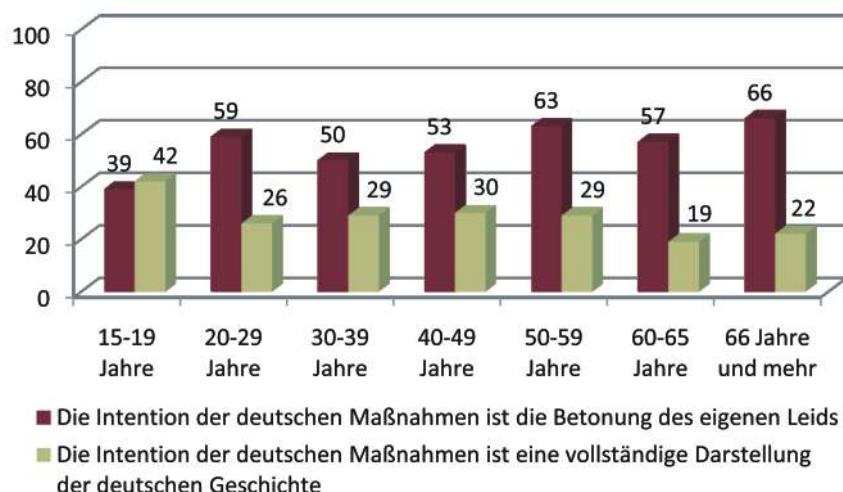
In dieser Studie wird deutlich, dass über die Hälfte der Polen die Meinung vertritt, dass die Intention der deutschen Maßnahmen bezüglich der Erinnerung an die Vertreibungen die Betonung des eigenen Leids ist (56%). Ein Viertel der Befragten denkt (28%), dass die Bemühungen um die Erinnerung an die Vertreibungen der vollständigen Darstellung der deutschen Geschichte dienen.

Diagramm 10. Die Bewertung der deutschen Maßnahmen bezüglich der Errichtung einer Gedenkstätte an die Aussiedlungen (in %)



Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2011.

Diagramm 11. Die Bewertung der deutschen Maßnahmen bezüglich der Errichtung einer Gedenkstätte an die Aussiedlungen (nach Altersgruppen in %)



Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2011.

Am stärksten gespalten ist hierbei die jüngste Gruppe der Befragten (jeweils 39% und 42%). Die Fünfzigjährigen und die ältesten Befragten glauben am häufigsten, dass die Intention der Deutschen, an die Vertreibungen zu erinnern darin liege, das Leid des eigenen Volkes in den Vordergrund zu rücken (jeweils 63% und 66%). Unter den Befragten 60. Lebensjahr und älter vertritt im Verleich zur Zahl derjenigen, die die Intention dieser Maßnahmen in der vollständigen Darstellung der deutschen Geschichte sehen, die dreifache Zahl der Menschen diese Meinung.

Diese Ergebnisse zeigen, dass die Polen den Erklärungen der deutschen Seite in diesem Bereich keinen Glauben schenken. Der Argumentation der deutschen Seite, dass mit diesem Vorhaben der Wunsch zusammen hänge, die Geschichte der Aussiedlungen in Europa vollständig darstellen zu wollen und die jüngeren Generationen mit diesem Aspekt der deutschen Geschichte vertraut zu machen sowie dieses Phänomen in einen breiten Kontext einbetten zu wollen wird nicht geglaubt.

Der Blick in die Zukunft

Die hier präsentierten Ergebnisse der Studie zeigen deutlich, dass sich die meisten Polen in den deutsch-polnischen Beziehungen für eine Konzentration auf aktuelle und zukunftsbezogene Fragen aussprechen. Die Polen werden immer bewusstere Bürger der Europäischen Union, die verstehen, dass Kooperation ein notwendiges Mittel in der Politik ist. Davon zeugt die Tatsache, dass sie den Bedarf an Kooperation mit Deutschland im Bereich der wichtigsten, aktuellen Herausforderungen, vor denen die EU gestellt wird, einsehen. Dies ist ein gutes Zeichen für ein besseres Verständnis der kommenden polnischen EU-Ratspräsidentsschaft. Die Ratspräsidentschaft besteht nämlich in der Sorge um die Interessen der ganzen Gemeinschaft und in Initiierung im Rahmen der Ratspräsidentschaft von Kooperation mit Partnern bei der Lösung von wichtigsten Problemen. Für die Deutschen war dieser gemeinschaftlicher Ansatz immer sehr wichtig. Er stellt einen wichtigen Faktor in der deutschen Bewertung anderer Länder und deren Europapolitik dar. Die Information, dass sich die polnische Gesellschaft durch eine proeuropäische Haltung auszeichnet, wird in Deutschland sicherlich auf Zufriedenheit stoßen. In Polen sollte sie für die Politiker eine Bestätigung dessen sein, dass sich die Bürger eine aktive, kooperations- und zukunftsorientierte Zusammenarbeit mit dem westlichen Nachbarn im Rahmen der EU wünschen und dass man sich in den deutsch-polnischen Beziehungen nicht mehr nur auf die Geschichte konzentrieren sollte. Wenn die Idee zur Publikation eines deutsch-polnischen Geschichtsbuchs umgesetzt und die Publikation interessant sein wird, kommt es 20 Jahre nach der Unterzeichnung des Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991 tatsächlich zu einem symbolischen Moment. Die inhaltliche Diskussion von Historikern und Experten wird mit einem greifbaren Ergebnis abgeschlossen. Die politische und bürgerliche Energie wird – so wie es sich die Befragten wünschen – nicht mehr nur in Diskussionen über die Vergangenheit eingebracht werden, sondern in den Aufbau der gemeinsamen europäischen Zukunft. Das Jahr der polnischen Ratspräsidentschaft und damit des Debüts Polens in der Rolle eines aktiven Akteurs auf der europäischen Bühne ist gleichzeitig das Jubiläum des 20. Jahrestages der Vertragsunterzeichnung, in dem festgeschrieben wurde, dass Polen und Deutschland gemeinsam nach dem Aufbau Europas streben werden. Dieses Jahr hat das Potential, zu einem gelungenen Jahr der deutsch-polnischen Zusammenarbeit zu werden.

Zu der Autorin:

Dr. Agnieszka Łada – Politologin, Leiterin des Europa-Programms und Analytikerin am Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Warschau, Doktor der Politikwissenschaft und Deutschlandexpertin. Sie absolvierte das Studium der Politikwissenschaft an der Universität Warschau sowie ein Postgraduiertenstudium Organisationspsychologie in Dortmund. Sie ist spezialisiert auf Europafragen (Europäisches Parlament, Ratspräsidentschaft der EU, europäische Zivilgesellschaft, Ostpolitik der EU) und der deutschen Problematik sowie im Bereich der politischen Bildung.

Sie publizierte u.a.: *20 Jahre später. Die Meinung der Polen über die Wiedervereinigung Deutschlands und die deutsch-polnischen Beziehungen zum 20. Jahrestag der deutschen Einheit* (ISP, Warszawa 2010), *Russland heute und morgen. Meinungen der polnischen und deutschen Experten* (ISP, Warszawa 2010), *Towards a European demos? Polish 2009 European Parliament Elections in Comparative Perspective* (ISP, Warszawa 2010), *Polnische Arbeitsmigration nach Deutschland – Fakten und Mythen* (ISP, Warszawa 2009), *Polen und Deutsche. Ihr gegenseitiges Bild und ihre Vision von Europa* (ISP, Warszawa 2009).

Die Stiftung Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP) ist unter den führenden Ideenschmieden Polens das einzige unabhängige analytische Forschungszentrum. Das ISP entstand 1995. Durch Untersuchungen, Expertisen und Empfehlungen zu grundlegenden Fragen des öffentlichen Lebens dient das Institut den Bürgern, der Gesellschaft und dem Staat. Das ISP arbeitet mit Experten und Forschern polnischer und ausländischer wissenschaftlicher Zentren zusammen. Die Ergebnisse der Forschungsprojekte werden auf Konferenzen und Seminaren vorgestellt sowie in Form von Büchern, Berichten und Communiqués veröffentlicht und den Abgeordneten und Senatoren, den Mitgliedern von Regierung und Administration, akademischen Kreisen sowie Journalisten und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen zur Verfügung gestellt.

Die Mission des ISP:

- Qualitätserhöhung der öffentlichen Debatte in Polen und im europäischen Maßstab, um sie inhaltlich, auf Problemlösung und wissenserweiternd zu gestalten.
- Einführung neuer Themen in die öffentliche Debatte und Verbreitung innovativer Herangehensweisen Fragen von öffentlicher Bedeutung.
- Schaffung von Mechanismen zur Einbindung von Bürgern und unterschiedlichen Gruppen und Milieus in die öffentliche Debatte und anderen Aktivitätsformen des öffentlichen Lebens.
- Sorge um die Qualität der öffentlichen Politik, Anregung von Änderungen rechtlicher und institutioneller Art.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist eine deutsche Politische Stiftung, die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) nahe steht. Nach der Gründung 1956 wurde sie 1964 nach dem ersten Bundeskanzler Deutschlands, Konrad Adenauer, benannt. Sein Name steht für den demokratischen Wiederaufbau Deutschlands, die außenpolitische Verankerung in einer transatlantischen Wertegemeinschaft, die Vision der europäischen Einigung und die Orientierung an der Sozialen Marktwirtschaft.

Internationale Zusammenarbeit. Durch weltweit mehr als 70 Büros und Projekte in über 120 Ländern leisten wir einen Beitrag zur Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Sozialer Marktwirtschaft. Um Frieden und Freiheit zu sichern, unterstützen wir den kontinuierlichen außen- und sicherheitspolitischen Dialog sowie den Austausch zwischen Kulturen und Religionen.

Die Konrad-Adenauer Stiftung in Polen eröffnete als erste deutsche Politische Stiftung ihr Auslandsbüro am 10. November 1989 in Warschau. Dies war auch ein Ausdruck der Anerkennung des polnischen Freiheitskampfes, der schließlich zur Überwindung der kommunistischen Diktatur und zur Einheit Europas und Deutschlands führte. Wichtigstes Ziel der KAS war damals die Unterstützung Polens bei der Integration in die NATO und die EU.

Heute unterstützt die Stiftung in Polen besonders den Aufbau der Zivilgesellschaft, die Entwicklung des internationalen Parteiendialogs und einer funktionsfähigen Sozial- und Wirtschaftsordnung, die Weiterführung der europäischen Integration sowie die Pflege partnerschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Polen. Weitere wichtige Themen unserer Arbeit sind: der Dialog aus christdemokratischer Perspektive über die gesellschaftlichen Grundwerte und die Rolle der Kirche, die Außenpolitik der EU, die Gestaltung einer Sozialen Marktwirtschaft, einer effizienten Verwaltung und politischen Führung.

Zu unseren Aktivitäten in Polen zählen politische Bildungsmaßnahmen wie Seminare, Konferenzen und Diskussionsveranstaltungen, die von der Stiftung selbst und in Zusammenarbeit mit polnischen Partnern durchgeführt werden.

Das Programm wird durch die Vergabe von Stipendien, durch Studien- und Informationsprogramme sowie durch eigene und im Auftrag der KAS erstellte Publikationen ergänzt.



„Deutsch-polnisches Barometer“ ist ein gemeinsames Projekt des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten und der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Ziel des Projekts ist die regelmäßige Untersuchung und Präsentation der Meinungen der Polen und Deutschen zu den deutsch-polnischen Beziehungen sowie Herausforderungen, vor die die beiden Staaten gestellt werden. Für die inhaltliche Gestaltung der Studien sind Dr. Jacek Kucharczyk und Dr. Agnieszka Łada vom ISP sowie Stephan Raabe von der KAS in Polen zuständig.

Die vorliegende Publikation ist im Rahmen des Projektes „Deutsch-polnisches Barometer“, das vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Zusammenarbeit und dank der finanziellen Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen und der Europäischen Union im Rahmen des Programms „Europe for Citizens“ durchgeführt wurde, entstanden. Für den Inhalt der Publikation zeichnet sich das Institut für Öffentliche Angelegenheiten verantwortlich. Die Exekutivagentur für Bildung, Audiovisuelles und Kultur sowie die Europäische Union sind in keiner Weise für die in dieser Publikation geäußerten Ansichten verantwortlich.



© Copyright by Fundacja Instytut Spraw Publicznych, Warszawa 2011.

Vollständige oder auszugsweise Nachdrucke von Materialien des Institutes für Öffentliche Angelegenheiten sind nur mit Einwilligung des Institutes möglich.

Das Zitieren von Textstellen sowie die Verwendung von empirischen Daten ist unter Angabe der jeweiligen Quellen erlaubt.

Übersetzung ins Deutsche: *Iwona Łatwińska*

Instytut Spraw Publicznych
ul. Szpitalna 5 lok. 22
00-031 Warszawa
Tel. +48 22 556 42 99
Fax +48 22 556 42 62
E-mail: isp@isp.org.pl
www.isp.org.pl